



DER INTERNE BEWAFFNETE KONFLIKT IN PERU: ERINNERUNG, STRATEGIEN UND LEHREN

Zwischen 1980 und 2000 durchlebte Peru eine der tragischsten Phasen seiner jüngeren Geschichte: einen internen bewaffneten Konflikt, der durch das Aufkommen von Rebellengruppen wie dem Leuchtenden Pfad und der Revolutionären Bewegung Túpac Amaru (MRTA) ausgelöst wurde und dessen Aktionen tiefe Spuren in der Gesellschaft, der Wirtschaft und der nationalen Politik hinterließen.

Mit César Guedes - Ferreyros

2025

Im Mai 2025 organisierte das Lateinamerikanische Akademische Kulturzentrum (LAK) in Zusammenarbeit mit dem International Institute for Peace (IIP) aus Österreich in Wien eine Veranstaltung zur Analyse der Friedensprozesse in Peru und Kolumbien. Dieses Treffen brachte Experten, Wissenschaftler und Vertreter der Zivilgesellschaft zusammen, um über die Komplexität, die Lehren und die Herausforderungen zu diskutieren und nachzudenken, die den Weg zum Frieden in beiden lateinamerikanischen Ländern geprägt haben.

DAS AUFKOMMEN DES TERRORISMUS

Der Terrorismus wurde durch Faktoren wie extreme Armut, soziale Ausgrenzung, eine schwere Wirtschaftskrise, den Verfall oder das Fehlen öffentlicher Infrastruktur sowie Rassismus und Segregation gegenüber ländlichen Gemeinden angeheizt. Darüber hinaus führte der Übergang des Landes zu einer geschwächten Demokratie – nach zwölf Jahren Militärdiktatur (1968-1979) – zu fragilen Institutionen, die nicht in der Lage waren, wirksam auf die Herausforderungen der Zeit zu reagieren.

„Während dieser zwei Jahrzehnte der Gewalt kamen schätzungsweise mehr als 69.000 Menschen ums Leben und rund 16.000 wurden als vermisst gemeldet, von denen nur etwa 5 % aufgefunden und identifiziert wurden.“

Die meisten Opfer waren Zivilisten aus ländlichen Gebieten, überwiegend Indigene und Quechua-Sprechende. Der Konflikt zeigte nicht nur die brutalen Aktionen der subversiven Gruppen, sondern auch die Reaktion des Staates, der in vielen Fällen außerhalb des gesetzlichen Rahmens handelte. Diese zwanzig Jahre der Auseinandersetzungen fanden unter drei demokratisch gewählten Regierungen statt, wobei die letzte von ihnen nach nur zwei Jahren Amtszeit schließlich die Rechtsstaatlichkeit untergrub und eine institutionelle Krise herbeiführte.





DER LEUCHTENDE PFAD UND DER BEGINN DER GEWALT

Die maoistische Gruppe Leuchtender Pfad unter der Führung von Abimael Guzmán erklärte dem peruanischen Staat am 17. Mai 1980, zeitgleich mit den ersten demokratischen Wahlen nach der Militärdiktatur, den Krieg.

Seitdem verfolgte der Leuchtende Pfad eine Strategie des langwierigen Volkskrieges und griff Polizeistationen, lokale Behörden, organisierte Bauern und jede Form staatlicher Macht an. Die Aktionen des Leuchtenden Pfades führten zu massiven Vertreibungen, einem Zerfall des sozialen Gefüges und einer tiefgreifenden Schwächung der staatlichen Institutionen in den betroffenen Gebieten.

„Der Leuchtende Pfad wollte ein radikales kommunistisches Regime nach dem Vorbild Mao Zedongs errichten und führte einen Kampf, der vom Land ausging und sich auf die Städte ausweitete.“

Er beseitigte jede Form von Opposition durch Terror. Seine Gewalt traf insbesondere die Bauerngemeinden, begann in Ayacucho und breitete sich dann rasch auf die Departements Apurímac, Junín, Huancavelica, Huánuco und San Martín aus. Auf dem Höhepunkt seiner Macht erstreckte sich seine Präsenz über einen Großteil des peruanischen Staatsgebiets.

DIE REAKTION DES STAATES UND DER AUFSTIEG DES AUTORITARISMUS

Die erste Reaktion des peruanischen Staates auf die zunehmende Gewalt war unkoordiniert und durch ein schwaches Vorgehen in den am stärksten vom Konflikt betroffenen Gebieten gekennzeichnet.

In Ermangelung einer klaren Strategie entschied man sich für die Militarisierung verschiedener Regionen, was zu schweren und wiederholten Menschenrechtsverletzungen führte, darunter außergerichtliche Hinrichtungen, Verschleppungen, Folter und Massenvertreibungen. Während der Amtszeit von Alberto Fujimori (1990–2000) wurden zwar anfangs bedeutende Fortschritte im Kampf gegen subversive Gruppen erzielt, doch später verfolgte der Staat eine Politik der „harten Hand“, die auf die physische Eliminierung der Aufständischen abzielte, oft durch Praktiken außerhalb des gesetzlichen Rahmens. Obwohl bestimmte Maßnahmen in einigen Bereichen als wirksam anerkannt wurden, hinterließen sie in anderen Bereichen ein tiefes Gefühl der Straflosigkeit und des Misstrauens gegenüber den Behörden.



16.7.1992 – Anschlag von Tarata, Miraflores, Lima



INTERNATIONAL ANERKANNTER EXPERTE

Umfangreiche Erfahrung in verschiedenen UN-Organisationen, darunter UNODC, UNDP und UNIDO. Tätigkeit in Ländern wie Guyana, China, Nordkorea, Peru, Panama, Bolivien, Pakistan, Mosambik, Afghanistan, Vietnam sowie in Bonn (Deutschland) und Wien (Österreich). Erfahrung in der Leitung vielfältiger, interdisziplinärer und multikultureller Teams (einschließlich Regierungsbehörden, NGOs und multilateraler Organisationen).

DIE ROLLE DER GEIN UND EINE ALTERNATIVE STRATEGIE

Eine Gruppe innerhalb der Nationalpolizei entwickelte eine Strategie, die auf Geheimdienstinformationen und systematischer Ermittlungsarbeit basierte: die Grupo Especial de Inteligencia (GEIN, Spezielle Geheimdienstgruppe). Diese Gruppe bestand aus engagierten professionellen Agenten, die jahrelang Informationen sammelten, Nachforschungen anstellten und ein Datennetzwerk aufbauten, das 1992 zur Festnahme von Abimael Guzmán in einem Haus in Lima führte, ohne dass ein einziger Schuss abgefeuert wurde. Dieser Schlag schwächte den Leuchtenden Pfad erheblich und markierte den Beginn des Endes des bewaffneten Konflikts.

Die Operation der GEIN war ein klarer Beweis dafür, dass der Staat innerhalb des rechtlichen und demokratischen Rahmens handeln konnte, um extremistischen Bedrohungen zu begegnen, was im Gegensatz zu einigen Exzessen in der repressiven Politik der damaligen Regierung stand.

WAHRHEITS- UND VERSÖHNUNGSKOMMISSION

Im Jahr 2001, mit der Rückkehr zur Demokratie, wurde die Wahrheits- und Versöhnungskommission (CVR) eingerichtet, um die Ereignisse zwischen 1980 und 2000 zu untersuchen und aufzuklären.

Die CVR sammelte mehr als 20.000 Zeugenaussagen, wies sowohl den subversiven Gruppen als auch den staatlichen Kräften Verantwortung zu und legte in ihrem 2003 vorgelegten Bericht – bestehend aus neun Bänden und Anhängen – eine Reihe von Empfehlungen vor, die auf umfassende Wiedergutmachung, die Suche nach Gerechtigkeit und die Bewahrung des kollektiven Gedächtnisses abzielten.

„Eine der erschütterndsten Erkenntnisse war, dass 75 % der Opfer Quechua oder anderen indigenen Sprachgruppen angehörten, was die historische Ausgrenzung und Vernachlässigung der andinen und amazonischen Völker durch den Staat widerspiegelt.“

REGIONALE UND INTERNATIONALE RELEVANZ DES PERUANISCHEN FALLS

Der interne bewaffnete Konflikt in Peru hatte erhebliche Auswirkungen über die Landesgrenzen hinaus. In den 1980er und 1990er Jahren erregten die extreme Gewalt und der ideologische Radikalismus des Leuchtenden Pfades internationale Aufmerksamkeit, was die Zusammenarbeit zwischen den Ländern in den Bereichen Sicherheit, Nachrichtendienst und Terrorismusbekämpfung vorantrieb.

Heute ist das peruanische Modell der Übergangsjustiz zu einem Bezugspunkt für andere Nationen geworden, die sich in einem Postkonfliktprozess befinden.

Die Erfahrungen Perus zeigen, wie wichtig es ist, Gerechtigkeit mit historischer Erinnerung zu verbinden, unabhängige institutionelle Mechanismen zu stärken und die wesentliche Rolle der Zivilgesellschaft anzuerkennen. Darüber hinaus unterstreichen sie die Notwendigkeit, indigene Völker einzubeziehen und strukturellen Rassismus sichtbar zu machen, wodurch sie wertvolle Beiträge zur globalen Debatte über Menschenrechte und Gerechtigkeit leisten.

Auf regionaler Ebene hat der Fall Perus Auswirkungen auf Migrationsströme, Zwangsvertreibungen und die Zusammenarbeit im Bereich der Menschenrechte gehabt. Die Erfahrungen Perus unterstreichen die Dringlichkeit, die Ursachen der Gewalt wie soziale Ausgrenzung, anhaltende Ungleichheiten und den mangelnden Zugang zur Justiz anzugehen.

AKTUELLE HERAUSFORDERUNGEN BEI DER FRIEDENSKONSOLIDIERUNG IN PERU

Obwohl der interne bewaffnete Konflikt zu Beginn des 21. Jahrhunderts offiziell beendet wurde, bestehen weiterhin Herausforderungen für einen soliden und dauerhaften Frieden in Peru.

Die Gewalt ist nicht verschwunden, sondern hat sich in neue Formen verwandelt, wie zum Beispiel das Wachstum organisierter krimineller Netzwerke, die sich dem Drogenhandel, illegalem Bergbau, Landhandel, Auftragsmorden, Erpressung und Menschenhandel widmen. Darüber hinaus stellen die massive Zuwanderung venezolanischer Migranten und die Zunahme sozialer und ökologischer Konflikte zusätzliche Bedrohungen für die Stabilität und die Sicherheit der Bürger dar.

Angesichts dieser Situation ist es von grundlegender Bedeutung, eine aktualisierte Friedensvision zu entwickeln, die den Herausforderungen der Gegenwart gerecht wird. Es reicht nicht aus, bewaffnete Organisationen zu zerschlagen; es ist entscheidend, die Achtung der Menschenrechte zu gewährleisten, die Umwelt zu schützen, die Rechtsstaatlichkeit zu festigen und die sozialen Gräben zu verringern, die den Konflikt ausgelöst haben. Die Erfahrungen Perus zeigen, dass Frieden nicht nur die Abwesenheit von Gewalt bedeutet, sondern kontinuierliche Anstrengungen zur Stärkung der Institutionen, zur Bürgerbeteiligung und zu einer inklusiven Justiz erfordert, die alle Bereiche der Gesellschaft umfasst.

Lateinamerikanisches Akademisches Kulturzentrum LAK

Wagramer Straße 23/1/2/3, 1220 Viena, Austria

E-Mail: office@lak.or.at

Ein Beitrag von: Alcides Benavente Ponce und Manuela Scheffel

